

Hans G. NUTZINGER

Sind ökonomische Gesetze und Prognosen möglich?

Von dem amerikanischen Präsidenten Hoover wird berichtet, er sei so von wirtschaftswissenschaftlichen Sachverständigen enttäuscht gewesen, daß er sich entschlossen habe, in Zukunft nur noch einarmige Ökonomen als wirtschaftspolitische Berater zu nehmen. Denn, so meinte er: "Die anderen antworten mir immer, wenn ich einen konkreten wirtschaftspolitischen Ratschlag brauche: 'Well, Mister President, on the one hand ... but on the other hand ...'". Nun, ich bin einer jener zweiarmigen Banditen, nicht nur deswegen, weil ich der ökonomischen Profession angehöre, sondern weil wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge häufig so kompliziert sind, daß sie keine einfachen "Wenn-dann-Beziehungen" und entsprechend einfach gestrickte wirtschaftspolitische Maßnahmen erlauben. Dieser Umstand hat unmittelbare Folgen für ökonomische Prognosen: Vom Standpunkt des allgemeinen Publikums betrachtet, gehen sie häufig daneben - selbstverständlich sei hier die "Alpbacher Weltwirtschaftsprognose" als rühmliches Gegenbeispiel von dieser Feststellung ausgenommen.

Noch schwerer tut sich der Ökonom mit dem, was viele Individuen aus naheliegenden Gründen am meisten interessiert, nämlich dem "heißen Tip", etwa der Vorhersage kurzfristiger Preisänderungen auf Wertpapier-, Devisen- und anderen Märkten. Hier wird sein Wissen als ausgesprochen destruktiv empfunden, wenn er etwa dem gescheiterten Spekulanten erklären kann, aufgrund welcher Marktbedingungen und damit ausgelö-

ster Kursstürze er sein halbes oder sogar ganzes Vermögen verloren hat, ohne daß der Ökonom in der Lage war, ihm vorher akkurat anzugeben, wann und in welchem Ausmaß ein solch dramatischer Kursverfall eintreten würde. Der Wirtschaftswissenschaftler kann der Öffentlichkeit die Funktionsweise und die Wohlfahrtseigenschaften einer Marktwirtschaft erklären - doch daran ist jene oftmals weit weniger interessiert als an jenen todsicheren gewinnbringenden Geheimtips, die er eben in aller Regel nicht zu geben vermag. Sieht man es als Bringschuld der Wirtschaftswissenschaft an, solche heißen Tips zu produzieren, dann versagt sie so kläglich, wie es jener bekannte Witz ausdrückt: Zwei Ballonflieger geraten in ein Unwetter und verirren sich. Als sie wieder aus den Wolken heraustauchen, befinden sie sich in etwa 50m Höhe über einer großen Wiese. Von oben rufen sie einem Bauern auf der Wiese zu, wo sie sich denn befänden. Er antwortet: "Sie befinden sich in 50m Höhe über meiner Wiese." Der eine enttäuschte Ballonflieger sagt daraufhin zu seinem nicht minder frustrierten Kameraden: "Weißt Du, das war kein Bauer, sondern ein Wirtschaftswissenschaftler; was er gesagt hat, ist ebenso richtig wie nutzlos."

Dennoch nennt man häufig die Wirtschaftswissenschaft die "Königin der Sozialwissenschaften", denn sie bedient sich mehr als die anderen Sozialwissenschaften mathematisch-naturwissenschaftlicher Methoden zur theoretischen Erklärung von Sachverhalten. Da es meist um Geld geht, kann sie oftmals ihre Objekte in diesen Einheiten halbwegs verlässlich quantifizieren. Sie hat, ausgehend von der Beobachtung, daß Menschen von Eigeninteressen geleitete Wahlhandlungen treffen und im allgemeinen eine größere Menge an Gütern einer kleineren Menge vorziehen, einige wichtige Gesetzmäßigkeiten abgeleitet. Trivial mag uns noch jenes Gesetz des italienischen Finanzpsychologen Achille Loria erscheinen, der aus der Tatsache, daß der Staat den Bürgern Geld wegnimmt, auf einen ebenso unversöhnlichen wie gesetzmäßigen Konflikt zwischen Finanzamt und Steuerzahler geschlossen hat: "La legge finanziaria pone il contribuente direttamente di fronte allo stato". Minder trivial ist gewiß schon das häufig zitierte

"Gesetz der Nachfrage", demzufolge im allgemeinen eine Preiserhöhung zu einem Rückgang der nachgefragten Menge des betreffenden Gutes führt. Dahinter steckt die Überlegung, daß Individuen, die sich nicht so verhalten, einen immer größeren Anteil ihres Budgets für das teurer werdende Gut aufwenden und demzufolge auf immer mehr andere Güter und Dienstleistungen verzichten müssen. Noch anspruchsvoller sind Überlegungen über die Wirkungsweise eines Systems interdependenter Märkte: Adam Smith' Idee der unsichtbaren Hand, welche die Eigeninteressen der Individuen zum gesellschaftlichen Besten zusammenführt, läßt sich heute durch mathematische Sätze über die Existenz und Pareto-Optimalität eines allgemeinen Konkurrenzgleichgewichts präzisieren. Diese Sätze sind, entgegen einem verbreiteten Vorurteil, keine abstrakten logischen Übungen, sondern sie erlauben es, recht konkrete Politikempfehlungen für solche realistischen Situationen abzuleiten, in denen eben die idealen Bedingungen dieser Sätze nicht mehr gelten. Die gegenwärtigen Versuche der staatssozialistischen Länder, die offenkundigen Defizite planwirtschaftlicher Systeme durch Einführung marktwirtschaftlicher Elemente zu beheben, zeigen einmal mehr, daß abstrakte Einsichten - und insbesondere deren Mißachtung - ganz konkrete Folgen für den Alltag der Menschen haben.

Was bei Thukydides "to anthropeion" ist, das Geschichte konstituiert, ist für den Ökonomen die Annahme des menschlichen Eigeninteresses; dieses kann je nach den gesellschaftlichen Bedingungen unterschiedliche konkrete Ausprägungen annehmen. Erwerbstreben und Gewinnmaximierung sind nicht die einzig denkbaren Formen dieses Prinzips. Was sich weit mehr verändert aber als menschliche Präferenzen, so glauben wir Ökonomen, sind die sozialen Handlungsbedingungen, die insbesondere durch die in einer Gesellschaft geltenden Eigentums- und Verfügungsrechte bestimmt sind. Solche gesellschaftlich sanktionierten Handlungsrechte sind nicht nur die Voraussetzungen für Austausch zwischen den Individuen, sondern auch ein zentrales Erklärungsmoment für historische Veränderungen. Allerdings, was uns heute als großartige amerikanische Innovation der "Theory of Property Rights" über

den Atlantik herüberschwappt, ist manchmal ein wenig zu einfach gestrickt, und ganz so neu, wie manche glauben, ist es auch wieder nicht: Schon vor reichlich 100 Jahren hat etwa der österreichische Ökonom Eugen von Böhm-Bawerk auf die Bedeutung der "Rechte und Verhältnisse vom Standpunkte der volkswirtschaftlichen Güterlehre" hingewiesen.

Weil menschlicher Eigennutz und dessen Koordination über Wettbewerbsmärkte ein wesentlicher Teil unserer Botschaft ist, sind wir Ökonomen auch skeptisch - manchmal vielleicht zu skeptisch - gegenüber anderen Formen gesellschaftlicher Koordination, die den Eigennutz oftmals in weniger nützliche Bahnen lenken. Wir akzeptieren zwar Staat und Recht als wichtige Voraussetzungen wirtschaftlicher Entscheidungen und Handlungen, glauben aber, daß die wirtschaftlichen Entscheidungen der Individuen letztlich besser das Problem knapper Güter "lösen" als unmittelbar bürokratische Festlegungen. Historische und aktuelle Beispiele, die dieser Vermutung Raum geben, lassen sich ja auch reichlich finden. Die folgende Prognose ist zwar nicht streng wissenschaftlich begründet, aber doch nicht ganz unplausibel: Auf die Frage "Was passiert, wenn man den Bürokraten die Sahara gibt" bietet sich aus ökonomischer Sicht die folgende Antwort an: "Zehn Jahre nichts - und dann wird der Sand knapp".

Selbstverständlich haben sich auch berühmte Ökonomen geirrt: Das "eherne Lohngesetz", an das nicht nur Karl Marx und Ferdinand Lasalle, sondern auch John Stuart Mill glaubten, ist mindestens für die industrialisierten Volkswirtschaften eindrucksvoll widerlegt. Andere Gesetzmäßigkeiten finden dagegen eine breite Bestätigung: Neben dem schon erwähnten "Gesetz der Nachfrage" sind es etwa der Zusammenhang zwischen der Geldmenge pro Sozialprodukt und der Veränderung des Preisniveaus oder derjenige zwischen Wechselkurs und Kaufkraftparität, die durchaus den Status allgemeiner Gesetzmäßigkeiten beanspruchen können.

Entscheidend ist die richtige Spezifizierung der Anwendungsbedingungen ökonomischer und sozialer Gesetze. Schauen wir uns als letztes Beispiel dafür Franz Oppenheimers "Transformationsgesetz" an: Es lautet: "Nur äußerst selten

gelangt eine Produktivgenossenschaft zu Blüte. Wenn sie aber zu Blüte gelangt, hört sie auf, eine Produktivgenossenschaft zu sein". In dieser apodiktischen Form ist das Gesetz falsifiziert, denn es gibt einige wenige Produktivgenossenschaften in Deutschland und Österreich, die als solche überlebt haben. Aber diese Gegenbeispiele lassen sich im Einzelfall durch besondere Bedingungen erklären, und der Gesetzescharakter von Oppenheimers Aussage läßt sich durch eine etwas vorsichtigere Formulierung retten. Schwieriger ist es schon mit der Beobachtung, daß in Frankreich und Italien die Produktivgenossenschaften weitaus besser überlebt haben als im deutschsprachigen Raum. Es liegt nahe, als Erklärungsmoment hier das einzuführen, was Draheim für den Erfolg von Produktivgenossenschaften als besonders wichtig erachtet, nämlich den "Genossenschaftsgeist". Dieser aber ist, das hat er mit dem "Geist von Alpbach" gemein, keine wirkliche Erklärung, sondern die Anzeige eines zu untersuchenden Problems. Ich bin aber davon überzeugt, daß mit den Mitteln der ökonomischen Theorie und ohne die Berufung irgendwelcher Geister dieser Unterschied erklärt werden kann und daß sich Oppenheimers Gesetz durch entsprechende Spezifizierung der Anwendungsbedingungen so formulieren läßt, daß es im Sinne Euckens als "wahr", wenn auch nicht für alle Länder und Zeiten als "aktuell" gelten kann.

Ökonomische Überlegungen und daraus abgeleitete Gesetzmäßigkeiten liefern keine vollständigen Erklärungen von Geschichte. Solche vollständigen Erklärungen gibt es wohl überhaupt nicht. Der englische Ökonom John Maynard Keynes hat in seinem Traktat "Die ökonomischen Folgen des Friedens" hellsichtig die katastrophalen Folgen der alliierten Reparationsforderungen an Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg prognostiziert; Hitler und das Dritte Reich konnte er und, so meine ich, brauchte er nicht vorherzusagen. Noch mehr gilt dies für langfristige historische Entwicklungen: Wenn Karl Marx kritisiert: "Die Ökonomen erklären uns, wie man unter den gegebenen Verhältnissen produziert; was sie aber nicht erklären, ist, wie diese Verhältnisse selbst produziert werden, d.h. die historische Bewe-

gung, die sie ins Leben ruft", so hat er gegenüber heutigen Ökonomen nicht mehr ganz recht damit - einmal davon abgesehen, daß seine eigene Prognose offenkundig gescheitert ist. In der Arbeitsgemeinschaft "Ökonomisches Denken zwischen Gesetz und Geschichte" wurde eindrucksvoll vorgeführt, wie auch die Veränderung von sozialen Handlungsbedingungen, von Institutionen und Normen sich zumindest teilweise als konkretes Problemlösungsverhalten rational handelnder Individuen auf bestimmte Problemlagen verstehen läßt, ohne daß damit die Vollständigkeit der Erklärung oder gar eine Determiniertheit der historischen Entwicklung (womöglich sogar im Sinne einer Heilsgeschichte) postuliert werden muß. Auch die ökonomische Theorie der Verfassung, wie sie in der Arbeitsgemeinschaft von Professor Buchanan und Professor Vanberg diskutiert wurde, ist kein geschlossenes konstruktivistisches System; sie ist vielmehr zu verstehen als Entwicklung bestimmter rationaler Überlegungen darüber, wie Menschen ihre gesellschaftlichen Vereinbarungen zweckmäßig oder auch unzweckmäßig treffen können. Der Ökonom kann hier nur raten und argumentieren, nicht befehlen und konstruieren. Nehmen die Menschen diesen Rat an, können sie die von Herrn Wickler erwähnte Problematik sich wechselseitig bestehender Krähen vermeiden.

Geht man davon aus, daß ökonomische Gesetzmäßigkeiten eine partielle, wenn auch nicht vollständige Erklärung historischer Entwicklungen ermöglichen und daß auf ihrer Basis rationale Politikempfehlungen abgegeben werden können, so vermeidet man sowohl die Skylla eines historischen Determinismus, der alles als gesetzmäßig vorherbestimmt betrachtet, wie auch die Charybdis eines historischen Relativismus, der Gesetzmäßigkeiten auch dort leugnet, wo man sie - bei hinreichend genauer Spezifizierung der Handlungsbedingungen - erkennen könnte. Geschichte ist mehr als ein Strom zufälliger Ereignisse, mehr als "just one damned thing after another". Selbstverständlich steht auch der Ökonom immer in der Gefahr, gescheiterte Vorhersagen nachträglich zu rationalisieren und gegen Kritik zu immunisieren; er sollte nicht wie jener Schreiber des Buchs Daniel erscheinen, von dem in

der Arbeitsgemeinschaft "Heilsgeschehen und realistische Historie" die Rede war, der nämlich eine Prognose in der Form eines Traums abgibt. Dieser Traum geht bemerkenswert in Erfüllung, nur mit dem Haken, daß der Schreiber dieses Buches diesen prognostischen Traum ex post erfindet. Die manchmal allzu rasche Einführung von Transaktionskosten, Informationskosten und nicht meßbaren Belohnungen in der modernen ökonomischen Theorie, damit nur ja das gewünschte Ergebnis erzielt oder erklärt wird, zeigt durchaus bemerkenswerte Parallelen zum Buch Daniel.

Mit der Theorie der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung, die doch zumindest dem Anspruch nach ein Thema so großer Ökonomen wie Adam Smith, Karl Marx und John Start Smith war, stehen wir heute erst am Anfang. Weiterer Fortschritt wird nur erzielt werden, wenn die Erkenntnisse anderer Wissenschaften - insbesondere der Historie, der Psychologie und der Verhaltensökologie - von den Ökonomen mehr als bisher zur Kenntnis genommen werden. Auch dann sollte man keine überzogenen Ansprüche auf die Vollständigkeit der Erklärung stellen, sondern froh darüber sein, wenn man mehr weiß, als man früher wußte. In diesem Sinne ist Interdisziplinarität nicht nur hier in dieser Runde und in Alpbach gefragt und gefordert, sondern immer dann, wenn es um zentrale Fragen unserer gesellschaftlichen Ordnung und Entwicklung geht.